



Mitglieder der Enquete-Kommission  
Internet und digitale Gesellschaft

---

Enquete-Kommission Internet und  
digitale Gesellschaft

-Projektgruppe Demokratie und Staat-

## **Ergebnisprotokoll der sechsten Sitzung der Projektgruppe Demokratie und Staat vom 28. November 2011**

### **Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und erläutert den Ablauf.

Die **Protokolle der Sitzung vom 7. November 2011** werden ohne Änderungen oder Ergänzungen von der Projektgruppe genehmigt.

Änderungen der Tagesordnung werden nicht beantragt.

### **TOP 1 Arbeitsplan Kapitel 1 Grundlagen**

#### **Kapitel 1.1 Zielsetzung und Begriffsklärung „Demokratie und Staat“**

Die Behandlung des Textes wird vertagt. Der Textbeitrag wird redaktionell wie inhaltlich überarbeitet. Anregungen aus der Projektgruppe sowie vorhandene Kommentare sollen dabei berücksichtigt werden.



## **Kapitel 1.2 Auswirkungen der digitalen Vernetzung auf das Verhältnis Bürger/Staat**

Der vorliegende Entwurf fand bereits in der Sitzung am 7. November 2011 die Billigung der Projektgruppe.

Diskutiert wird, ob die Kosten eines Internetzugangs im Leistungskatalog des ALG II enthalten seien. Ein sachverständiges Mitglied weist darauf hin, dass im Gesetz lediglich von „Kommunikationskosten“ gesprochen werde, nicht explizit von einem „Internetzugang“. Zur Internetnutzung sei darüber hinaus entsprechende Hardware nötig. Ein anderes Projektgruppenmitglied erklärt, die im Gesetz genannten Kosten erstreckten sich lediglich auf den Netzzugang, nicht auf die Hardware.

Ein Abgeordneter bietet an, den Textbeitrag entsprechend zu überarbeiten. Die Aufschlüsselung der genannten Kosten werde unter Verweis auf die Fundstelle nachgereicht.

Bezüglich der Frage, ob das Recht auf einen Internetzugang in der Verfassung festgeschrieben werden solle, sprechen sich zwei Mitglieder dagegen aus. Die Projektgruppe kommt überein, diesen Punkt an anderer Stelle zu diskutieren.

Ein Sachverständiger erklärt, soziale Netzwerke seien nicht entwickelt worden, um darüber politische Kommunikation zu betreiben. Dem Benutzer werde hier lediglich eine geschlossene Plattform geboten, auf der dieser möglichst viele Daten einstellen könne. Ein weiterer Zweck sei, Geschäfte zu machen. Facebook sei kein geeignetes Mittel für eine politische Diskussion. Dieser Exkurs fehle in diesem Kapitel.



## **Kapitel 1.3 Neue Formen einer digital vernetzten Demokratie**

### **1.3.2 Formen digitaler Vernetzung, Kollaboration und Partizipation**

Im Zuge der Diskussion zur Demokratiebewegung in Tunesien und Ägypten erklärt ein Projektgruppenmitglied, dass im Iran politische Aktivisten „mit Hilfe von facebook aufgespürt und später inhaftiert worden seien.“ Ein Sachverständiger erwidert, dies sei nicht als eine negative Seite von facebook zu bezeichnen. Vielmehr sei dies Ausdruck davon, dass in totalitären Staaten kritische Meinungsäußerungen systematisch bekämpft würden, unabhängig davon, ob sie im Netz oder außerhalb stattfänden.

#### **1.3.4. Anforderungen an die Gestaltung digitaler politischer Kommunikation**

Zwei Projektgruppenmitglieder kritisieren, dass in dem betreffenden Textabschnitt nicht klar werde, worum es gehe. Zudem stünden die Zeilen im Widerspruch zu einem bereits gefundenen Konsens, nämlich dass das Internet lediglich eine weitere, neue Option zur Beteiligung biete.

Der Abschnitt wird überarbeitet. Er soll verständlicher formuliert werden. Der Beitrag wird in der nächsten Projektgruppensitzung erneut aufgerufen.



## **Kapitel 1.4 Voraussetzungen und Probleme der Demokratie in der digitalen Gesellschaft**

### **1.4.2 Soziale Teilhabe und Zugang**

Bezüglich der Angabe in dem vorliegenden Text, dass derzeit für 99,5% der Bevölkerung ein breitbandiger Internetzugang bereits zur Verfügung stünde, erklärt ein Mitglied der Projektgruppe, der Versorgungsgrad mit Stand Juni 2011 liege bei 98,7%. In sechs Bundesländern seien die 99,5% bereits erreicht. Es werde davon ausgegangen, dass zum Ende des ersten Quartals 2012 99,5% flächendeckend erreicht seien. Es werde wahrscheinlich sogar eine noch höhere Abdeckung mit breitbandigem Internetzugang in der Fläche erreicht.

Außerdem wird kritisiert, dass an einer Stelle des Textes bei der Definition eines Breitbandanschlusses eine Datenübertragungsrate von 2Mbit/s zugrunde gelegt werde, während im Ursprungstext bezüglich der Breitbandversorgung in der Fläche auf 1Mbit/s referiert worden sei. Es wird darum gebeten, die Angabe zur flächendeckenden Verfügbarkeit von Breitband-Internet auf eine Datenübertragungsrate von 2Mbit/s zu beziehen und den entsprechenden Versorgungsgrad mitzuteilen.

Ein Sachverständiger ergänzt, beziehe man die Satellitentechnik in die Betrachtungen ein, dürfte ein Versorgungsgrad von nahezu 100% erreicht werden. Auch hier müsse der Sachstand noch einmal eruiert werden. Ein anderes sachverständiges Mitglied antwortet, Satellitentechnik werde nicht berücksichtigt, da die Nutzbarkeit zum einen von den konkreten Standortbedingungen abhängt. Zum anderen handele es sich ebenfalls um ein shared-medium, das aber in der einzelnen Zelle relativ wenig Bandbreite zur Verfügung stelle und zudem nicht beliebig ausbaubar sei, wie



bspw. bei UMTS oder LTE, deren Leistungsfähigkeit zudem trotz kleinerer Zellen wesentlich größer sei.

### **1.4.3 Kulturelle und soziale Voraussetzungen**

Die Einlassungen zu diesem Abschnitt werden nicht von allen Projektgruppenmitgliedern geteilt. Bis zur nächsten Sitzung soll der Textteil daher noch einmal überarbeitet werden.

## **Kapitel 1.5 Rechtliche Grundlagen einer digital vernetzten Demokratie**

Die inhaltliche Behandlung des Textbeitrags wird auf die nächste Sitzung vertagt.

Zum Verfahren schlägt ein Sachverständiger vor, in den Ausführungen entweder Schwerpunkte nach Rechtsgebiet zu setzen oder nach einer thematischen Problematisierung die Rechtsgebiete im Nachgang zu behandeln.

### **TOP 2 Bürgerbeteiligung**

#### **Input-Referat Partizipationspotenziale**

Das Input-Referat zum Thema *Partizipationspotenziale* wird wegen Krankheit eines Sachverständigen auf die nächste Sitzung verschoben. Die Co-Referenten geben gleichwohl einen kurzen inhaltlichen Ausblick. Ein Sachverständiger führt aus, er werde über die Ergebnisse der Langzeitstudie „Bürger online“ berichten und nennt erste Details. Eine Sachverständige bittet daraufhin auch Partizipationsmöglichkeiten aufzuzeigen, für Personen die eher offline teilhaben wollten bzw. solle darauf eingegangen



werden, wie Ungleichheit in der Teilhabe ausgeglichen werden könne. Wie stelle man sich der Tatsache, dass sich manche Menschen eben nicht beteiligten?

In einem weiteren Teil werde es darum gehen, dass Partizipation ein Prozess sei, der aus den Teilen Information, Debatte und Entscheidung bestehe. Es werde gezeigt, dass die Entscheidung nicht der wesentlichste Teil des Prozesses sei, sondern die vorgelagerten Prozessschritte. Dabei werde vor allem auf die Rolle und die Möglichkeiten des Internets einzugehen sein.

Ein Projektgruppenmitglied erklärt dazu, es wäre interessant, wenn man in Erfahrung bringen könne, wer sich im Einzelnen besonders stark im Netz engagiere. Seien diese Personen oder Kräfte einer bestimmten politischen Richtung zuordenbar? Welche Gründe gebe es für das starke oder weniger starke Engagement? Welchen Restriktionen seien diejenigen unterworfen, die sich beteiligen wollten? Könne daraus, dass sich nicht alle beteiligen könnten, eine Schieflage entstehen? Meinungsmacht könne sich potenzieren, wenn die Akteure, die in den klassischen Medien (z.B. Zeitungen) besonders aktiv seien auch im Internet entsprechend engagiert agierten. Dazu berichtet ein anderer Sachverständiger, in Kooperation mit dem Sinus-Institut an einer entsprechenden empirischen Milieu-Studie zur Internetnutzung zu arbeiten. Er bietet an, erste Ergebnisse in der nächsten Sitzung vorzutragen. Dies findet breite Zustimmung.

### **Bürgerbeteiligungsplattform**

Die Beiträge aus der Bürgerbeteiligungsplattform konnten nicht behandelt werden. Sie werden in der nächsten Sitzung noch einmal aufgerufen.



### **TOP 3 Verschiedenes**

#### **Expertengespräch**

Die Projektgruppe spricht sich dafür aus, zum Thema „Demokratie und Staat“ Experten anzuhören.

#### **Klausurtagung**

Der Vorsitzende gibt den Termin für die Klausurtagung bekannt: **30.-31. März 2012**. Der Beginn wird auf den **30. März 2012, 17.00 Uhr** festgesetzt.

Die **nächste Projektgruppensitzung** findet am **23. Januar 2012** statt.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Der Vorsitzende bedankt sich bei den Mitgliedern und schließt die Sitzung.

Im Auftrag

gez.

Mirko Jonscher